



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 97. Ratssitzung vom 5. Juni 2024

3297. 2023/319

Motion von Anna Graff (SP) und Dominik Waser (Grüne) vom 28.06.2023: Kampagne zur Prävention von Hautkrebs

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

*Anna Graff (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1988/2023): Die Schweiz gehört zu den Ländern mit der grössten Hautkrebserkrankungsrate. Grund dafür sind helle Hauttypen, gekoppelt mit hoher Sonnenexposition und unzureichende Prävention. Dermatolog*innen und Krebsligen in der Schweiz sind sich im Grundsatz darüber einig, wie sich Menschen verhalten sollen, um die Entstehung von Hautkrebs zu vermeiden: Die Mittags- und frühe Nachmittagssonne und starke Sonnenexposition sei zu meiden, unter anderem mit geeigneter Kleidung; Sonnencreme soll regelmässig aufgetragen werden. Die Motion wurde eingereicht, damit in der Stadt eine Hautkrebspräventionskampagne durchgeführt wird. In dieser geht es darum, Sonnencreme in Schulen und öffentlichen Aussenanlagen in den Sommermonaten und Hautkrebscreenings kostenlos zur Verfügung zu stellen. Mit diesen freiwilligen Hautkrebscreenings wollen wir Menschen die Früherkennung von Hautkrebs ermöglichen, ohne dass sie 120 Franken dafür zahlen müssen. Daneben möchten wir begrüssenswerte Bemühungen, die für mehr Schatten sorgen, durch das Verfügbarmachen von Sonnencreme an Orten von besonderer Wichtigkeit ergänzen. Mit Sonnencremedispensern in Badeanstalten, Parkanlagen und auf belebten Plätzen in den Sommermonaten kann die Stadt zwar nicht den einzigen, aber einen wichtigen Hautkrebspräventionsansatz unterstützen. Sinnvoll ist das an Orten, an denen man keinen oder unzureichenden Schatten zur Verfügung stellen kann, oder wo sich Menschen unweigerlich in der Sonne aufhalten. Damit kann man erreichen, dass sich Menschen, die keine Sonnencreme dabei haben und sich der Sonne aussetzen, eincremen können. Mit der öffentlichen Verfügbarkeit von Dispensern und den zugehörigen Plakaten erinnern wir Menschen grundsätzlich daran, dass Sonnencreme regelmässig aufgetragen und wiederaufgetragen werden muss. Diese Massnahme wurde im letzten Sommer bspw. in den Niederlanden eingeführt. Es liegen keine detaillierten Auswertungen vor, aber die Resonanz war bislang positiv. Sofern begleitend kommuniziert wird, dass Sonnencreme kein Blankocheck für lange Sonnenexposition ist, muss aus unserer Sicht nicht mit einem kontraproduktiven Effekt gerechnet werden, wie das der Stadtrat befürchtet. Auch gehen wir nicht davon aus, dass Menschen*



sich aufgrund der Verfügbarkeit von Sonnencreme an strategischen Punkten selbst weniger vor Sonne schützen. Im Gegenteil würde diese Massnahme zur Sensibilisierung der Thematik beitragen. Auch wenn wir infrastrukturelle Massnahmen zur Schaffung von mehr Schatten unterstützen, sollte aus unserer Sicht das Zurverfügungstellen von Sonnenschutzmitteln mindestens im Rahmen eines Pilotprojekts geprüft werden. Während der Stadtrat bedauerlicherweise trotz hoher Prävalenz nicht der Meinung ist, dass Handlungsbedarf in Bezug auf Hautkrebs besteht, sehen wir das dezidiert anders. Höhere Prävalenzen sind nicht nur auf höhere Erkennungsraten zurückzuführen, wie der Stadtrat schreibt. Aufgrund der Klimaerhitzung nimmt die UV-Strahlung zu, was das Risiko gesamthaft erhöht und die Präventionsarbeit wichtiger werden lässt. Trotz ablehnender Haltung des Stadtrats hoffen wir auf Unterstützung des Anliegens.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Sie lasen in der Stellungnahme des Stadtrats, dass wir aus Gründen der Fachkompetenzen der Krebsliga und verschiedener Spezialistinnen und Spezialisten der Meinung sind, dass die kostenlose Abgabe von Sonnencreme schlussendlich nichts bewirkt und kontraproduktiv sein kann. Die Wirkung der freiwilligen Gratisscreenings ist nicht nachgewiesen – besonders bei Menschen, die keine Hautveränderungen aufweisen. Es ist schrecklich, wenn man von Hautkrebs betroffen ist, doch es ist im Vergleich zu anderen Krankheiten ein kleiner Bevölkerungsteil. Bei Früherkennung gibt es gute Behandlungsmethoden. Schatten ist das erste grosse Thema, die Gesundheitskompetenz zu erhöhen, das zweite. Besser investieren wir darin, dass Eltern, Jugendliche und Erwachsene ein besseres Körperbewusstsein erlangen und bei Veränderungen handeln. In Präventionsarbeit im Sinne von Aufklärungsarbeit ist besser investiert. Mit dieser Methode erreichen wir deutlich mehr Personen. Lehnen Sie die Motion ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Thomas Hofstetter (FDP): *Die Massnahmen sind nicht kostenlos: Der Steuerzahler wird dafür aufkommen müssen. Sie wollen einen Staat, der alles bezahlen muss. Hautkrebs gibt es und es sterben Menschen daran. Jeder davon ist einer zu viel. Durch vermehrtes Screening und medizinischen Fortschritt ist die Mortalität von Hautkrebs gesunken. Das erfreut uns. Aus epidemiologischer Sicht ist Hautkrebs in Zürich kein prioritäres Problem. Die Krebsliga sagt klar, dass die effektivste Massnahme zur Verhinderung von Hautkrebs der Schatten ist. Die Krebsliga rät von einer einseitigen Kampagne mit Sonnenschutzmitteln ab, da damit falsche Sicherheit vorgegaukelt werde und Verhaltensregeln, wie im Schatten zu bleiben, nicht mehr befolgt würden. Das gleiche Argument führt die Krebsliga zu gratis Hautkrebsscreenings an. Wenn sich die gesamte Bevölkerung jährlich screenen lässt, wiegt sie sich in falscher Sicherheit. Das Screening von Risikopersonen oder Menschen mit Hautveränderung wird von der obligatorischen Krankenversicherung bezahlt. Die FDP sieht, dass Sonnencreme ein essentieller Be-*



standteil von Sonnenschutzmitteln ist. Genauso wichtig sind aber Kleider und das Bewusstsein, dass zu viel Sonne schädlich ist. Darum lehnt die FDP die Motion ab.

Nicolas Cavalli (GLP): Niemand stellt die Wichtigkeit der Krebsprävention in Frage. Die Inzidenz aller Krebsarten nimmt zu. Es gibt aber weitere Krebsarten und Krankheiten, für die nebst Hautkrebs Prävention durchgeführt werden müsste. Die Zahlen, die der Stadtrat nennt, müssen in Relation gestellt werden. Dann wird klar, dass die Zahl eher tief ist. Es ist wichtig, auf Expertinnen und Experten zu hören, besonders wenn es darum geht, gratis Sonnencreme abzugeben. Das kann zu negativen Effekten führen. Die Intention des Vorstosses ist gut, doch die Motionär*innen haben sich anscheinend nicht mit der Wissenschaft und den medizinischen Gegebenheiten auseinandergesetzt. Es fragt sich, ob es sinnvoll ist, eine solche Prävention auf Stadtgebiet durchzuführen, wenn keine wissenschaftliche Erhärtung dafürspricht. Zudem ist Sonnencreme umwelttechnisch nicht unproblematisch. Die kostenlosen Screenings stören mich, da man sich bspw. in der medizinischen Fachwelt gerade darüber berät, ob die regelmässigen Mammografie-Screenings noch durchgeführt werden sollen, da die Nachteile überwiegen. Wenn jemand zu Hautkrebs neigt, kann die Person das mit der Hausärztin besprechen. Dafür braucht es die Stadt nicht. Wir hätten uns von den älteren Mitgliedern der SP und Grünen gewünscht, dass sie bei einer solchen Motion, die mindestens 2 Millionen Franken Kosten auslöst, intervenieren. Eine gewisse Eigenverantwortung beim Sonnenschutz muss bei den Menschen vorhanden sein. Den Vorstoss unterstützen wir nicht, da er medizinisch und wissenschaftlich nicht durchdacht ist.

David Ondraschek (Die Mitte): Die Argumente des Stadtrats überzeugen. Hohe Inzidenz und tiefe Mortalität sprechen gegen den Fokus auf die Prävention von Hautkrebs. Weiter soll das falsche Sicherheitsgefühl aufgrund von Sonnencreme nicht zu mehr Sonnenbaden verleiten. Wir empfehlen, unter Schattenspendern zu verweilen. Ein weiterer Grund für die Ablehnung ist die Eigenverantwortung der Bürger. Die Gefahren von Hautkrebs und vorzeitiger Hautalterung aufgrund von Sonneneinwirkung sind bekannt. Es ist nicht Aufgabe des Staats, Bürger vor der eigenen Risikobereitschaft zu schützen.

Walter Anken (SVP): Kostenlos bedeutet nicht, dass es nichts kostet. Es bedeutet, dass der Andere zahlt. Wie der Stadtrat lehnen wir die Motion ab. Hautkrebs ist kein prioritäres Problem. Die 14 Menschen, die pro Jahr sterben, sind 14 zu viel, aber marginal im Verhältnis zu anderen Krebstoten. Die frühzeitige Erkennung durch Screening ist der beste Ansatz, die Mortalität zu senken. In der Stadt Zürich gibt es kein höheres Risiko, an Hautkrebs zu erkranken, als an anderen Orten. Laut Krebsliga sei Sonnencreme nur ergänzend zu anderen Massnahmen aufzutragen. Sonnencreme verursacht Gewässerprobleme. Von Kampagnen für Sonnenschutzmittel rät die Krebsliga wegen eines falschen Sicherheitsgefühls ab. Wie einige Vorredner und der Stadtrat finde ich Eigenverantwortung hier angebracht. Gratisscreenings erreichen nicht den gewünschten Effekt. Das Wichtigste ist Schatten und wir sind daran, viele Bäume in der Stadt zu pflanzen.



Dr. David Garcia Nuñez (AL) beantragt Umwandlung in ein Postulat: Die AL teilt die Anliegen der Motionär*innen. In der Schweiz erkranken jährlich 25 000 Menschen an Hautkrebs. Das ist die höchste Anzahl neuer dermatologischer Erkrankungen innerhalb des europäischen Kontinents. Trotz vieler Fortschritte der letzten Jahre bedeutet die Diagnose für einige Menschen ein Todesurteil. Mehrere Voten meinten, dass diese vergleichsweise wenige Prozente ausmachen, doch jede*r Tote ist eine*r zu viel. Für die AL steht ausser Diskussion, dass wir die Ausbreitung von Hautkrebs bekämpfen und mit den richtigen Massnahmen das Ausmass des Leidens senken müssen. In diesem Sinn vertreten wir die gesundheitspolitische Devise, dass Vorbeugen stets Heilen vorzuziehen ist. Gleichzeitig sind wir mit dem Stadtrat einig, wenn er an der Effizienz der geforderten Massnahmen zweifelt. Es ist so, dass auf der Informationsebene bereits mehrere staatlich geförderte Organisationen jährlich Präventionskampagnen gegen Hautkrebs durchführen. Zugegebenermassen könnte man noch mehr tun, doch wir glauben nicht daran, dass wir mit der Forderung von Sonnencreme für alle in diesem Bereich weiterkommen. Sie ist ein sinnvolles Präventionsinstrument, aber kein Sondermittel. Dementsprechend muss der Einsatz auf unterschiedliche Hauttypen und Situationen abgestimmt sein, da sie nach unterschiedlichen Cremes verlangen. Das stellt ein schwer zu managendes Problem dar. Die AL hadert damit, dass Mittel für einen Bereich eingesetzt werden, der für viele Menschen kein brennendes Problem darstellt. Dieses Geld würden wir lieber dazu verwenden, gesundheitspolitische und ökonomische, strukturelle Veränderungen zu ermöglichen. Der Stadtrat sieht das ähnlich. Wir fordern ihn auf, das Durchführen von kostenlosen, medizinisch indizierten Hautscreeningtests ernsthaft zu prüfen. Das im Sinn einer Werbeaktion für die Klinik der Dermatologie am Triemli. Wir sind mit dem Stadtrat einverstanden, wenn er bestehende Schattengelegenheiten aufrechterhalten und neue schaffen möchte. Für uns ist in diesem Zusammenhang widersprüchlich, dass er sich mit Händen und Füssen gegen die Beschattung der Rathausbrücke wehrt. Das ist inkonsequent. Wir laden den Stadtrat ein, sich Gedanken über die Arbeitszeiten der Mitarbeiter*innen, die auf der Strasse tätig sind, zu machen. Zukünftig werden wir es mit mehr klimawandelbedingten, mediterranen Tagen zu tun haben. Dementsprechend werden diese Menschen nicht nur Informationen zu Sonnenschutzmassnahmen und allfällige Sonnencremeempfehlungen brauchen, sondern auch strukturelle Instrumente, andere Arbeitszeiten und -kleidung, um ihre Arbeit auf dem Asphalt durchstehen zu können. Die AL lehnt die Motion in ihrer aktuellen Form ab, sieht aber beim Stadtrat viele Bereiche, in denen er schnell, unkompliziert und in eigener Kompetenz die Ziele des Vorstosses erreichen könnte. Darum unterstützen wir ihn nur als Postulat.

Dominik Waser (Grüne) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Wenn ich den Voten zuhöre, meine ich, dass der Vorstoss ungenau gelesen oder nicht verstanden wurde. Ihr könnt gerne von einer Sonnencremeplut reden, doch wir sprechen von einer Präventionskampagne, die die Elemente aufgreift, über die ihr so ausführlich referiert habt. Es ist völlig klar, dass das nicht ausreichend ist, um all diese Probleme zu lösen, doch das sind diese, die im Vorstoss erwähnt sind. Vorhin wurde über die Kostenlosigkeit gesprochen. Wenn keine Prävention betrieben wird und man sich nicht vor UV-Strahlung schützt, führt das zu Gesundheitskosten in massiv grösserem Ausmass,



5 / 5

die von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Somit ist es für die Steuerzahlenden sinnvoller, wenn man präventiv handelt, als dass man mit immer höheren Gesundheitskosten umgehen muss. Vom Stadtrat bin ich enttäuscht. Es wäre ein Auftrag für eine breite Kampagne gewesen. Dass man nicht bereit ist, das entgegenzunehmen und zu überlegen, wo man mehr machen könnte, ist wirklich schade. Da wir mit der Sache vorwärts machen wollen, sind wir bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Samuel Balsiger (SVP): *Der Vorstoss offenbart das Menschenbild der Linken: Menschen sind nicht fähig, Sonnencreme allein aufzutragen – es braucht den Staat dafür. Sie sprechen dem Bürger ab, dass er allein denken und seinen Alltag bestreiten kann. Unser Menschenbild geht davon aus, dass alle selbst für ihr Glück verantwortlich sind. Wenn überall, wo die Sonne stark scheint, Dispenser hingestellt werden sollen, führt das zu mehr Verschmutzung und Beschädigung. Es braucht Infrastruktur für die Dispenserkontrolle, -reinigung und -füllung. Logistisch ist das schwierig und nicht sinnvoll. Konzentrieren Sie sich auf das Wesentliche, die Forderung hat keinen Bezug zur Realität.*

Martina Zürcher (FDP): *Ein historisches Foto zeigt, welches Menschenbild die Linken heute haben – im Jahr 1912 beim Generalstreik schützten sie sich mit Hut und Jacke vor der Sonne.*

Das Postulat GR Nr. 2024/262 (statt Motion GR Nr. 2023/319, Umwandlung) wird mit 57 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat